bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 13 | 23. Juni 2006

Rechte Szene 2

Familiäre Atmosphäre
Wahlkampfauftakt der NPD in Mecklenburg-Vorpommern ohne Parteiprominenz.

„Fußballpatrioten“
NPD-Theoretiker will einen angeblichen „Normalisierungsnationalismus“ nutzen.

NPD-Wahlhelfer
Ermittlungen gegen rechtes Schläger-Quartett.

Ausland 4

Todeslisten
Neonazi-Portal outet politische Gegner.

„Patriotische Bündnisse“
Der FN-Chef Le Pen will bei den Präsidentschaftswahlen antreten und sucht Unterstützung bei seinen Rivalen.

Antisemitismus 6

Revisionistische Ideologen
Führender Holocaust-Leugner im Iran hat beste Verbindungen nach Deutschland.

Verfassungsschutz 7

Gefährlicher Soundtrack
Niedersachsens Verfassungsschützer haben besonders die Skinhead-Musikszene im Visier / NPD wird hoffähig.

Lockmittel Musik
Rühriges Rechts-Business-Netzwerk in Thüringen / NPD baut Strukturen aus.

Demokratische Initiativen 9

Kein Geld für Opferhilfe
Die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt muss um ihre finanzielle Förderung bangen.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Schonung für die Helfer
Das „Rätsel Eichmann“ ist nicht restlos gelöst – die Verbrechen des „Endlösers der Judenfrage“ sind hingegen geklärt.

Meldungen 11

Rechte Szene

Familiäre Atmosphäre

Wahlkampfauftakt der NPD in Mecklenburg-Vorpommern ohne Parteiprominenz.

Den Einwohnern der 5000-Köpfe-Stadt Lübtheen im mecklenburgischen Landkreis Ludwigslust bot sich am Sonntag, den 18. Juni ein ungewohntes Bild: Etwa 400 Menschen zogen in einem Sternmarsch von allen Seiten an den Lindenplatz im Zentrum des Ortes heran, um gegen den Wahlkampfauftakt der NPD zu demonstrieren.

Noch im Herbst 2005 hatte sich nur die Handvoll Engagierter aus den Reihen der Initiative „Bürger gegen Rechts" an den zahlreich aufgestellten NPD-Stellwänden und Plakaten im Ort gestört. Die rechtsextreme Partei erhielt über acht Prozent der Stimmen in Lübtheen und bis dahin hatten nur wenig Einheimische etwas gegen eine Teilnahme von Neonazis an der Bürgerinitiative „Braunkohle Nein" einzuwenden. Parallel zur mehrtägigen Geburtstagsfeier „125 Jahre Freiwillige Feuerwehr" fanden an dem Wochenende zunächst zwei „Stolperstein"-Verlegungen zur Erinnerung an vertriebene jüdische Bürger in Lübtheen sowie der Protestmarsch gegen die NPD statt. Hamburgs Bürgermeister Ole van Beust hatte am Freitag an seine aus der Stadt stammende jüdische Familie mütterlicherseits erinnert, die bis zu ihrer Vertreibung dort in der Breitscheidstraße ein Ladengeschäft betrieben hatte. Eilig wurden im Vorfeld der Anti-NPD-Demonstration am Sonntag noch Handzettel an alle Haushalte verteilt. Um so erfreuter zeigten sich die Organisatoren über das wachsende Interesse.

Einiger Zulauf herrschte allerdings auch beim Auftaktfest des NPD-Spitzenkandidaten Udo Pastörs im Zentrum des Ortes. Gerade viele junge Leute, ganze Familien, aber auch einige ansässige Geschäftsleute konnten von ihm, dem Kreisvorsitzenden Andreas Theißen und NPD-Landeschef Stefan Köster vor Ort begrüßt werden. Es gab Kaffee und Kuchen, serviert von den Ehefrauen der Lübtheener NPD-Funktionäre, eine Hüpfburg für die Kleinen, zünftige Volksmusik, kaltes Bier und stapelweise Informationsmaterial. Neonazis aus dem Spektrum des „Boizenburger Elbsturms" und des KDS' um Nils Kandar aus Neuhaus/Elbe kümmerten sich um den Werbestand, einige verteilten die aktuelle „Schulhof-CD" der NPD an Jugendliche.

Auffällig viele Frauen in langen Gewändern, kleine Jungen mit Seitenscheiteln in Knickerbockern und Mädchen mit Zöpfen tummelten sich auf dem Lindenplatz. Sie wurden von Runhild Köster, im T-Shirt mit der Aufschrift „Gemeinschaft Deutscher Frauen" und anderen betreut. Gegendemonstranten wurden von einigen Kindern angeschrieen und beschimpft. Auch Anhänger des „Kampfsportvereins Lübtheen" gesellten sich offen zur NPD, ihre Freundinnen warteten derweil lieber im Schatten der Bäume neben der Kirche. Offen Position zu bekennen, war Pastörs Forderung an seine Mitbewohner. Aber nicht so viele Lübtheener, wie er wohl hoffte, waren letztendlich dazu bereit. Der Widerstand gegen Rechts scheint langsam Fuß zu fassen in der Stadt.

Manfred Börm und seine NPD-Ordner sorgten dafür, dass unliebsame Gäste und Beobachter nicht auf den öffentlichen Platz gelangten. Pastörs und dessen Familie präsentierten sich dem Wählervolk zünftig in bayerischer Lodenkleidung, Der NPD-Spitzenkandidat wetterte gegen die Lübtheener Bürgermeisterin, die Stolperstein-Verlegung, „Asylbewerber, die immer nur kassieren" und forderte Gedenkstätten für Wehrmachtssoldaten. NPD-Prominenz fehlte an diesem Tag in Lübtheen ganz. Weder Wahlkampfleiter Holger Apfel noch der Parteichef Udo Voigt waren angereist. Aus dem östlichen Teil des Landes war nur NPD-Kreisvorsitzender Dirk Arendt erschienen. Mehr Unterstützung bekamen die zugezogenen Neu-Lübtheener aus ihrer Altheimat Niedersachsen und aus Bremen, NPD-Chef Horst Görmann und Markus Privenau begrüßten alte Bekannte. Privenau hatte einige Jahre im Landkreis Ludwigslust als Versandhändler auf einem Bauernhof gelebt, inzwischen baut er wieder Kameradschaftsstrukturen im Bremer Umland auf. Auch Voigts Sekretär, Thomas Wulff aus Amholz, der als Direktkandidat für die NPD in Schwerin vorgesehen sein soll, fehlte. Wie es hieß, sei er in Griechenland unterwegs. Dafür trat der Boizenburger NPD-Ratsherr und Wulff-Mitbewohner Michael Grewe verstärkt in Erscheinung, er soll künftig auch das Ludwigsluster Kreistagsmandat von Klaus Bärthel wahrnehmen.

Andrea Röpke

„Fußballpatrioten"

NPD-Theoretiker will einen angeblichen „Normalisierungsnationalismus" nutzen.

Klaus Schwab, ehemals NPD-Vordenker und jetzt als „Nationalrevolutionär" unterwegs, hat eine neue Spezies in sein Herz geschlossen: die „Fußballpatrioten". Noch nie habe er „so viele und vor allem so viele junge deutsche Patrioten auf einem Haufen gesehen wie neulich auf dem Nürnberger Hauptmarkt – bei der Übertragung des Gruppenspiels Deutschland gegen Polen". In ihnen, die ein „deutscher Schuldkult" nicht interessiere, sieht Schwab ein Potenzial für Deutschlands extreme Rechte. Wenn sie es nur taktisch richtig anfasse. „Gerade bei den vielen deutschen Fußballpatrioten" komme eine NPD, die in dieser Zeit auf Demos setze, als „Störenfried" daher, warnt er. Und auch den – neben den Demonstrationsversuchen und der Solidarisierung mit dem Iran – dritten Propagandastrang der NPD zur WM lässt Schwab wiederum aus taktischen Gründen nicht unbeanstandet: die Hetze gegen schwarze Nationalspieler. Das „völkische Prinzip" sei ja wunderbar – aber: „Wer jetzt dieses Thema aufs Tapet bringt, Stimmung gegen Spieler der Nationalmannschaft macht, die eine undeutsche Hauptfarbe besitzen, der wird, so sehr er aus völkischer Sicht Recht haben mag, als Spalter und Miesmacher abqualifiziert." Schwab hingegen will mitschwimmen auf der Woge, die durch die Republik schwappt: „Vielleicht sollten sich die NPD und der nationale Widerstand insgesamt nun doch noch einmal überlegen, ob sie bei Demos noch mehr als bisher das Mitbringen der schwarz-rot-goldenen Fahne fördern." Das seien „einfach die Farben, mit denen sich die deutschen Fußballpatrioten identifizieren."

Bekennende Nationalsozialisten wie den Kölner Axel Reitz bringt eine solche Schwabsche Beliebigkeit auf die Palme. Er steht zu Schwarz-Weiß-Rot, „den alten Farben des Deutschen Reiches". Schwarz-Rot-Gold seien „nur eines, nämlich Symbol und Synonym jener Figuren die unter dem Schutz der Bajonette der Siegermächte des letzten großen Krieges in unser Land eingekehrt bzw. zurückgekehrt sind und jene Ordnung der 'Schönheit, Gleichheit und Würde' errichteten die jeder deutschdenkende und denkende Deutsche aus vollem Herzen nur zum Teufel wünschen kann". Auf die Schwabschen „Fußballpatrioten" – für Reitz sind sie „spießige genormte Fußgängerzonenidioten" – mag er nichts geben: „Bei nächstbester Gelegenheit wird dieselbe Masse der gedankenlosen Deppen auf demselben zuvor zum Fußball glotzen frequentierten Platz in einer beliebigen deutschen Großstadt erscheinen, um gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu demonstrieren."

Der NPD ist derweil ein Propagandavehikel abhanden gekommen: Irans Team hat die Vorrunde der WM nicht überstanden. Ein Auftritt von Staatspräsident Ahmadinedschad, den Parteichef Udo Voigt lauthals willkommen geheißen hatte, ist damit obsolet geworden. Neben Schwab hatten auch andere Rechtsextremisten vor einer Kampagne gewarnt, die mit Demonstrationen pro Iran und dem Miesmachen des eigenen Teams kontraproduktiv sein könnte angesichts einer kollektiv guten Laune im Lande. Zwar schaffte es die NPD, mit Demo-Ankündigungen und ihrem WM-Planer in die Schlagzeilen zu kommen. Aber dies für den Preis, auch in den rechten Reihen als Spaßbremse zu erscheinen.

Zeit für den NPD-Vordenker Jürgen Gansel, neu nachzudenken. So naiv wie Schwab mag er zwar nicht auf die „Fußballpatrioten" setzen. Die Hoffnung gibt er aber nicht auf: „Der gegenwärtige Fußball-Patriotismus hat – trotz seines trivialen und partyhaften Charakters – einen bislang nur unterirdisch wirkenden Normalisierungsnationalismus zutage treten lassen." Dass es „einen übermächtigen Wunsch nach nationaler Normalisierung und Identitätsfindung gibt, zeigte sich bereits an der Art und Weise, wie in den letzten Jahren über die deutschen Opfer des letzten Weltkrieges gesprochen wurde". Die „Herrschenden" könnten den „Normalisierungswunsch in Sachen Volk und Vaterland" nicht ignorieren. Und ganz nebenbei entwickelt er quasi eine Verschwörungstheorie gegen die NPD. „Erklärtermaßen" solle der „BRD-Patriotismus" der NPD das Wasser abgraben. „Die Herrschenden wissen nur zu genau, dass sie das Ventil des Druckkessels, in dem die unterdrückten nationalen Leidenschaften, Sehnsüchte und Bedürfnisse brodeln, etwas öffnen müssen, damit ihnen eines Tages nicht der ganze Kessel um die Ohren fliegt."

Tomas Sager

NPD-Wahlhelfer

Ermittlungen gegen rechtes Schläger-Quartett.

Berlin-Schönefeld gilt mit seinem Flughafen gemeinhin als Tor zur Welt. Das es nur wenige Kilometer entfernt ganz anders aussehen kann, zeigte sich am frühen Morgen des 18. Juni. Sintayehu-Tadesse H., ein junger Berliner äthiopischer Herkunft, war mit fünf Freunden auf dem Weg von einer Diskothek nach Hause, als er auf vier Rechtsextremisten im Alter zwischen 15 und 23 Jahren traf, die Aufkleber der NPD und der Jungen Nationaldemokraten (JN) in der Gegend verklebten. Nach Angaben des Äthiopiers rannten die Rechten sofort auf ihn zu, riefen „Ausländer raus“ und „Scheiß Nigger, verpiss Dich“ und schlugen auf ihn ein. Darauf folgte eine „Prügelei von ungewöhnlicher Brutalität“, wie ein Sprecher der Polizei erklärte.

Auch zwei der rechten Angreifer mussten mit Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Dabei handelt es sich nach Informationen des Berliner Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums (apabiz) um Dennis E. (23) und Timo L. (21), die schon lange zum Kreis der gewaltbereiten Rechtsextremisten in Berlin zählen. Beide waren zwei Tage zuvor in Rangsdorf aufgefallen. Sie zählten zu einer Gruppe von etwa 20 Neonazis, die teilweise vermummt und bewaffnet eine Veranstaltung stürmen wollten, auf der ein Referent von apabiz über Entwicklungen in der rechten Szene informierte. Die Polizei nahm die Neonazis, darunter Dennis E. und Timo L., die auch den JN angehören sollen, für einige Stunden in Gewahrsam. E. soll nach apabiz-Angaben bei Aufmärschen der mittlerweile verbotenen neonazistischen BASO als Ordner aufgetreten sein und habe bei der Bundestagswahl 2005 Wahlkampf für die NPD gemacht. Wegen der Beteiligung an einem Angriff auf einen vietnamesischen Imbissbetreiber am 5. April 2005 wurde E. zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, die noch in Kraft ist. Die Polizei ermittelt gegen E. und L. wegen Volksverhetzung und gefährlicher Körperverletzung. Gegen beide ist Haftbefehl erlassen worden. Die beiden anderen Teilnehmer des rechten Quartetts sind noch Jugendliche. Gegen sie wird Verhängung von Jugendarrest beantragt.

Peter Nowak

Ausland

Todeslisten

Neonazi-Portal outet politische Gegner.

Erstmalig haben polnische Behörden die Regierung der USA formell um Mithilfe bei der Abschaltung der Internetseite einer verbotenen rechten Gruppierung gebeten, die auf einem US-Server gehostet wird. Dabei handelt es sich um das berüchtigte Portal „Redwatch“, auf dem Namen und Fotos politischer Gegner mit weiteren persönlichen Angaben wie Wohnort, Telefonnummern oder Arbeitszeiten veröffentlicht werden. Den Anstoß gab der Überfall auf einen auf der Seite genannten Antifa-Aktivisten, der vor einigen Wochen in Warschau von Rechtsextremisten lebensgefährlich verletzt wurde.

Ursprünglich bezeichnete „Redwatch“ ein Magazin der 1992 gegründeten britischen Organisation „Combat 18“, das einige Jahre später von der gleichnamigen Website abgelöst wurde. Als Slogan dient seitdem ein Zitat der Skinhead-Ikone Ian Stuart: „Remember places, traitors' faces, they all pay for their crimes“ (Erinnere Dich an Orte, an die Gesichter der Verräter, sie alle bezahlen für ihre Verbrechen). Zu den Personen auf der „Todesliste“ zählen neben linken Politikern, Bürgerrechtlern und Journalisten häufig auch Lehrer, Gewerkschafter, Homosexuelle oder angebliche Pädophilie. Einige der Betroffenen wurden nach der Veröffentlichung ihrer Daten Opfer von Anschlägen. Die meisten erhalten postalische Morddrohungen oder terrorisierende Anrufe.

Einer der Drahtzieher des Projekts ist Simon Sheppard, bis zu seinem Ausschluss im Jahr 1999 Mitglied der British National Party. Sheppard unterhält gute Kontakte ins Umfeld des internationalen Neonazi-Netzwerkes „Blood&Honour“. Mittlerweile sind „Redwatch“-Ableger in den USA, Polen, Deutschland und Australien entstanden. Das von den Ermittlern ins Visier genommene britische Original wird unter wechselnden Domain-Adressen auf unterschiedlichen Servern betrieben. Durch die Nutzung amerikanischer Provider entziehen viele rechtsextreme Gruppen aus Europa ihre Onlineauftritte dem Zugriff nationaler Behörden.

Michael Funk

„Patriotische Bündnisse“

Der FN-Chef Le Pen will bei den Präsidentschaftswahlen antreten und sucht Unterstützung bei seinen Rivalen.

Jean-Marie Le Pen, der Chef des rechtsextremen Front National (FN) sucht Bündnispartner für die Wahlen im Frühjahr 2007. Im April und Anfang Mai wird in zwei Durchgängen der nächste französische Präsident – oder eine Präsidentin – bestimmt. Und im Juni wird das nächste Parlament gewählt, ebenfalls in zwei Runden.

Le Pen möchte gerne als unangefochtener „Kandidat der nationalen Rechten“ bei der Präsidentschaftswahl antreten. Dagegen hatte er mehrfach die Aussicht auf ein mögliches Wahlbündnis unterschiedlicher Rechtskräfte bei den darauf folgenden Parlamentswahlen durchblicken lassen, falls diese denn seine eigene Präsidentschaftskandidatur unterstützen. Doch bei einer Pressekonferenz am 7. Juni, anlässlich der Einweihung seines neuen Wahlkampfbüros, äußerte sich Le Pen dann schließlich zurückhaltender. Nunmehr mochte er nicht mehr von Einheitskandidaturen sprechen, sondern zog vor den Journalisten „den gegenseitigen Rückzug von Kandidaten zugunsten der jeweils bestplatzierten Liste“ in den einzelnen Wahlkreisen in Erwägung.

Um an der zweiten Runde der Parlamentswahlen teilzunehmen, muss eine Kandidatenliste im Wahlkreis von mindestens 12,5 Prozent der Wahlberechtigten (nicht der abgegebenen Stimmen) im ersten Durchgang gewählt worden sein. Dies könnte in einigen Fällen den rechtsextremen FN aber auch den rechtskatholischen und eher nationalkonservativen Mouvement pour la France (MPF, Bewegung für Frankreich) betreffen. Das Profil beider Parteien zieht eher unterschiedliche Wählergruppen an: Den FN wählten in den letzten Jahren eher sozial frustrierte Personen und Angehörige der sozialen Unterschichten, den MPF eher konservative Mittelständler, Landwirte und manch besser situierte Kreise.

Am 11. April bot Le Pen erstmals Philippe de Villiers, dem Vorsitzenden des MPF, ein Bündnis an. Konkret beinhaltete der Vorschlag des FN-Chefs eine „Einheitskandidatur der Patrioten“ bei den Präsidentschaftswahlen im April 2007 und ein Wahlbündnis oder eine Listenverbindung bei den Parlamentswahlen. Im Fernsehkanal „i-télévision“ sprach sich Le Pen dafür aus, „eine aktive Koalition für die Parlamentswahlen“ zu formieren. De facto war die Voraussetzung dafür aber eine vorab erteilte Unterstützung für seine Präsidentschaftskandidatur. Philippe de Villiers lehnte ab und berief sich auf ideologische Divergenzen, so in der Haltung zum Iran. Le Pen propagierte eine national-neutralistische Haltung gegenüber dem Iran – de Villiers nutzte dies für den Vorwurf, Le Pen wolle angeblich die Moslems mit der Atombombe bewaffnen, während er selbst die islamische Bedrohung erkannt habe. Bei seiner Rede am 1. Mai erneuerte Le Pen sein Angebot und schlug eine „Union patriotique“ als pragmatisch ausgelegtes Bündnis mit seinem Rivalen de Villiers vor.

Ein stärkeres Echo fand Le Pen dagegen bei seinem ehemaligen Chefideologen und späteren „Dissidenten“, Bruno Mégret, der sich sofort an einem solchen Bündnis interessiert erklärte. Daran hätten tatsächlich beide Seiten ein erhebliches Interesse: Der Mouvement national-républicain (MNR), die von Mégret angeführte Splitterpartei, ist überschuldet und kann sich eine erneute Kandidatur kaum leisten. Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 hatte Mégret 2,3 Prozent der Stimmen erhalten. Le Pen dagegen kann nur daran gelegen sein, seinen ehemaligen Rivalen daran zu hindern, mit der Sammlung von Unterstützungsunterschriften für die Präsidentschaftswahl zu beginnen. Immerhin könnte der ihm dringend benötigte Unterschriften wegschnappen.

Am 5. Juni erklärte Mégret gegenüber der Pariser Abendzeitung „Le Monde“: „Eine Versöhnung (mit Le Pen), falls sie stattfindet, wäre spektakulär und würde die nationale Rechte wieder mobilisieren“. Neben Mégret könnte der FN dabei auch noch ein paar andere Kader, die die Partei 1999 verließen, zurück gewinnen. Le Pens Abneigung gegen die ehemaligen „Verräter“ sitzt allerdings tief. Dagegen scheint es unter den Parteifunktionären des FN Unstimmigkeiten in dieser Frage zu geben. „Le Monde“ vom 9. Juni behauptet, Le Pens Kabinettsdirektor Olivier Martinelli wäre an einem solchen Rechtsbündnis interessiert. Andere Führungskader wie Bruno Gollnisch und Generalsekretär Louis Aliot bremsten jedoch ab.

Bernhard Schmid

Antisemitismus

Revisionistische Ideologen

Führender Holocaust-Leugner im Iran hat beste Verbindungen nach Deutschland.

Das Thema Holocaustleugnung stand vom 5. bis 7. März auf dem Lehrplan der Islamic Azad University, der Ebnesina Medical University und der Ferdowsi University in der iranischen Stadt Mashhad. Lehrmeister war der deutschstämmige Australier Frederick Töben (Jg. 1944). Töben stellte dabei unter anderem revisionistische Literatur von Willis Carto und Germar Rudolf sowie ein angebliches Modell eines Krematoriums von Auschwitz-Birkenau vor. Weitere Referatsauftritte und Gesprächstermine hatte Töben noch beim staatlichen iranischen Rundfunksender I.R.I.B., vor angehenden Juristen sowie Studenten der Razavi Islamic Studies University und religiösen Frauengemeinschaften. Die Referatstournee dauerte bis zum 14. März 2006. Bereits im Dezember 1999 hatte Töben in Teheran in Sachen Holocaustleugnung referiert.

Der promovierte Philosoph Töben gründete 1996 mit Gleichgesinnten das Adelaide Institute, ein internationales Zentrum für Holocaustleugnung, das er seitdem leitet. Töben steht in Kontakt zu weltweit bekannten Revisionisten, darunter auch Günter Deckert. 1999 wurde Töben vom Landgericht Mannheim wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten verurteilt, zuvor saß er acht Monate in Untersuchungshaft. Verteidigt wurde Töben von Ludwig Bock, ehemaliger NPD-Bundestagskandidat, der heute zur Verteidigerriege des Holocaust-Leugners Ernst Zündel zählt. Während Töbens Inhaftierung hielt die Neonazi-Knasttruppe HNG zu ihm Kontakt. Dafür bedankte sich Töben in einem Brief an die HNG-Vorsitzende Ursel Müller. Zur Festnahme Töbens war es gekommen, als er mit dem engagierten Mannheimer Staatsanwalt Hans-Heiko Klein in dessen Amtszimmer über Auschwitz debattieren wollte. Klein ließ den fanatischen Antisemiten kurzerhand festnehmen und einsperren.

Zu den führenden Propagandisten der Holocaustleugnung im Iran zählt Mohammad Ali Ramin (Jg. 1954), ein langjähriger Freund und Weggefährte des Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad. Ramin hat 17 Jahre lang in Deutschland gelebt. Er leitet in Teheran die „Gesellschaft für die Vertretung der Rechte muslimischer Minderheiten im Westen“. „Die Holocaust-Story war der Vorwand für die Entstehung des verbrecherischen israelischen Regimes“, verkündet der Islamist. Ramins Zukunft steht laut Eigenbekunden im „Dienste der Befreiungsbewegung zur Befreiung der entrechteten Völker und damit auch im Dienst der islamischen Revolution“. Im niedersächsischen Clausthal-Zellerfeld gründete er den Verein „Islamische Gemeinschaft in Clausthal“. 1988 verkündete der Verein: „Jeder Moslem ist aufgerufen, sich zusammenzureißen, um dem ihm auferlegten Kampf entgegenzutreten. Jeder aufrichtige Mensch ist aufgefordert, die Unterdrückungsmaschinerie dieser Erde, geführt von den Zionisten und der USA ... abzulehnen und sich dagegen aufzulehnen.“

Der Verein wurde inzwischen in „Islamischer Weg“ umbenannt. Vorsitzender ist der promovierte Verfahrenstechniker Yavuz Özoguz (Jg. 1959; Delmenhorst). Im Dezember 2003 musste Özoguz eine Tagung des „Islamischen Wegs“ im Islamischen Zentrum Hamburg (IZH) absagen, da der angekündigte Referent Ramin von der deutschen Botschaft in Teheran eine schriftliche Absage auf seinen jährlichen Visumsantrag erhielt. In den Jahren zuvor hatte Ramin auf Einladung des „Islamischen Wegs“ mehrfach in die Bundesrepublik einreisen können.

Ramin und der deutsche Staatsbürger Özoguz, Domaininhaber einer Website, die dem Oberhaupt der Islamischen Republik Iran, Imam Khameini, huldigt, pflegen eine langjährige Freundschaft. Beide haben in Clausthal-Zellerfeld studiert. Özoguz, Interviewpartner des NPD-Parteiorgans „Deutsche Stimme“, ist auch Betreiber des Internetportals Muslim-Markt. Im Dezember 2005 war dort zu lesen: „Israel ist gestohlenes Land. ... Und so lange dieser Diebstahl aufrecht erhalten wird, so lange dieses Unrecht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln brutalst unterstützt wird, so lange wird es keinen Frieden in der Region geben“. Schließlich heißt es bei „Muslim-Markt“: „Der Islam ist die mit Abstand revolutionärste Befreiungsbewegung mit einem immerwährenden Antrieb zur Reform.“ *Anton Maegerle*

Verfassungsschutz

Gefährlicher Soundtrack

Niedersachsens Verfassungsschützer haben besonders die Skinhead-Musikszene im Visier / NPD wird hoffähig.

Weniger Gewaltbereite, Stagnation bei Neonazis und Kameradschaften, aber Zuwächse bei der NPD und mehr Gewalttaten – so lautet die Bilanz des niedersächsischen Verfassungsschutzes, der der Skinhead-Musik in seinem aktuellen Bericht ein besonderes Augenmerk widmet.

Obwohl die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten in Niedersachsen seit einigen Jahren rückläufig ist, gehen vermehrt Gewalttaten auf das Konto dieser Klientel – 2005 waren es 119, 16 mehr als im Jahr zuvor. Auch bei den sonstigen Straftaten, darunter Sachbeschädigungen, Nötigungen und vor allem Propagandadelikte, ist ein signifikanter Anstieg zu verzeichnen – von 1296 (2004) auf 1399 (2005), darunter acht Störungen der Totenruhe. Was es heißt, in der niedersächsischen Provinz zu leben und Opfer einer gefährlichen Körperverletzung zu werden, zeigt ein Beispiel aus Breese in der Marsch. Während des Schützenfestes stürmte ein Rechtsextremist mehrmals mit zum „Hitler-Gruß" erhobenem Arm die Tanzfläche. Der Gast, der ihn daraufhin zur Rede stellte, wurde am Ende des Dorffestes beim Einsteigen in das Taxi von dem zuvor Gemaßregelten mehrfach zu Boden gestoßen.

Nicht auf Einzelaktionen, sondern auf den Auftritt in Horden setzen die Kameradschaften, von denen es in dem Bundesland nach wie vor 20 mit 365 Aktivisten gibt. Die Neonazis kennzeichnet „eher eine diffuse rechtsextremistische Weltanschauung und nicht ein besonderer Wille zum koordinierten politischen Handeln", heißt es im Bericht. Besonders aktiv sind die Kameradschaften Neuhaus/Elbe, Hildesheim, Celle, Gifhorn und Northeim.

Desorientiert sind zurzeit DVU und Republikaner, die zahlreiche Abgänge zu verbuchen hatten. Die DVU verlor 70 Mitglieder und kommt nun auf 730, die Republikaner verloren sogar mehr als die Hälfte ihrer Parteigänger und nahmen innerhalb eines Jahres von 450 auf 220 Personen ab. Parallel zum Bundestrend hat auch die NPD in dem norddeutschen Flächenland einen Schub bekommen. Sie konnte ihre Mitgliederzahl im Vergleich zu 2004 um 120 auf 580 erhöhen. Trotz ihrer, so der Bericht, mit „revisionistischen Positionen zur NS-Diktatur" korrespondierenden „ideologischen Nähe zum Nationalsozialismus" scheint die NPD langsam hoffähig zu werden. In einem Interview mit dem „Stader Tageblatt" durfte der stellvertretende niedersächsische Parteichef Adolf Dammann tönen, Ziel seiner Bewegung sei die „Beseitigung der parlamentarischen Demokratie". Das Grundgesetz ist für den in Buxtehude-Neukloster beheimateten Dammann (66) als Produkt der Besatzungsmächte ein „Zeichen der Fremdherrschaft".

Den Soundtrack für die von Altvorderen wie Dammann verführten Jugendlichen liefert die Skinhead-Musik. „Die Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes gilt ganz besonders der Entwicklung der rechten Musikszene", sagte Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) bei der Vorstellung des Berichts für das 2005, „Jugendliche kommen über die volksverhetzenden, rassistischen und menschenverachtenden Texte der Skinhead-Musik häufig erstmals mit der rechtsextremistischen Ideologie in Kontakt." Die Verbreitung rechten Liedguts erfolgt meist über das Internet und ist schwer einzudämmen. Gestiegen ist auch die Zahl der rechtsextremen Musikvertriebe – bundesweit sind es 75 (2003: 50), in Niedersachsen sind vier am Start: „Front Records" (Gittelde), „Reichsversand" (Buxtehude), „Der Versand" (Göttingen) und „Nordic Flames" (Seevetal). Dem niedersächsischen Verfassungsschutz ist es aber gelungen, die Zahl der Konzerte mit der „Werbewirksamkeit der rechtsextremistischen Musik" und deren „identitätsstiftender Wirkung" auf fünf (2004: sieben) einzuschränken. Zwar verringerte sich auch die Zahl der Skinhead-Bands gegen den Bundestrend in Niedersachsen von zehn auf sieben, doch „Entwarnung" wollte der Verfassungsschutz nicht geben. Dazu hauten folgende Gruppen wohl zu laut auf die Pauke: „Agitator" (Göttingen), „Division Wiking" (Lehrte), „Donnerhall" (Peine), „Gigi & Die braunen Stadtmusikanten" (Meppen), „Cherusker" (Osnabrück) sowie „Nordfront" und „Terrortorium" (beide aus dem Raum Hannover).

Volker Stahl

Lockmittel Musik

Rühriges Rechts-Business-Netzwerk in Thüringen / NPD baut Strukturen aus.

Im Verfassungsschutzbericht Thüringens wird mit Sorge festgestellt, dass die NPD sich immer besser organisiere, aktionistischer werde. Als Agitations- und Rekrutierungsvehikel diene den Nationaldemokraten dabei systematisch das Medium „Musik",

Die Zahl rechtsgerichteter Konzerte stieg auf 19. Neun davon wurden polizeilich aufgelöst, sechs weitere im Vorfeld verhindert. Mit dem (behördlich untersagten) „Fest der Völker" in Jena – bis 2015 angemeldet –, beim so genannten Friedensfest in Gera, beim örtlich wandernden „Nationalen Tag der Jugend" sollten ritualisierte jährliche Termine von der NPD fokussiert werden. Rechtsrock hält als Lockmittel her, inhaltliche Beiträge der Treffen rücken in den Hintergrund. Taktik: Die NPD möchte die freie rechte Szene mobilisieren und zu Parteigängern machen. Im Vorjahr gab es 60 Neuaufnahmen in der Partei, die nunmehr rund 240 Mitglieder hat. Die zum Jahreswechsel registrierten zehn Kreis- und zwei Ortsverbände dürften nach Einschätzung des Verfassungsschutzes eine weitere Ausdehnung erfahren. Erste Auswirkungen hatte das bei der Bundestagswahl, als die NPD in Thüringen rund 53 000 Zweitstimmen sammelte und 3,7 Prozent der Stimmen erhielt – nach Sachsen der höchste Anteil bundesweit. Auffällig: Zwischen NPD und freien Nationalisten gibt es praktisch kaum Trennendes, im Gegenteil, oft ist eine Personalunion erkennbar. Die offen neonazistische Linie zeigt sich auch im NPD-Landesvorstand, dort finden gleich mehrere Vertreter aus dem freien nationalistischen Spektrum Platz.

Im Bereich der Rechtsrockmusik ist der Trend zu „Rock Against Communism" (RAC) und „Hatecore" sichtbar. Zunehmend etabliere sich auch NS-besetzter Black Metal, beschreiben die Verfassungsschützer gängige Stilrichtungen. Mit „Blutstahl" (Jena), „Totenburg", „DNA", „Eugenik" (alle Gera), „Brainwash" (Altenburg), „SKD" (Gotha), „Isengard" (Erfurt), dem Überbleibsel von „Radikahl" (Weimar), „Skuld" (Eisfeld), „Garde 18" (West-Thüringen) ist die einschlägige Bandpalette auffällig groß. Untereinander gibt es noch Sonderprojekte wie „Eternal Bleeding" oder das personelle Aushelfen in Sachsen-Anhalt, wie im Fall „Absurd" und die Unterstützung durch „Totenburg". Zudem ist mit Robert Stange alias „Julmond" auch ein rechter Liedermacher aktiv. Die meisten Besucher zog ein Konzert in Pößneck mit über 1000 Zuhörern an. Mit der Musikszene einher geht ein reger Devotionalien-, Textil- und Tonträgerhandel. Es gibt überregional bedeutende Händlerkreise wie Thorsten Heise (in den NPD-Bundesvorstand aufgestiegen) aus Fretterode mit seiner Firma „W & B Records", den „Germania-Versand" (Sondershausen) und den „Aufruhr-Versand" (Gera). Zum Rechts-Business-Netzwerk gehören dann noch Szeneläden in Erfurt, Gera, Jena, Weimar und Meiningen. Für die entsprechende Zielgruppe werden die Fanzines „Ratatösk" (Eisenach) und „Die Streiche von Max und Moritz" (nur online; Fretterode) gefertigt.

Zu den Aktivitäten zählten unter anderem auch eigene Sporttreffen. Zum Teil tarnte man sich als Bürgerinitiative wie „BI Schöner Wohnen im Altenburger Land". Dahinter steckte Thomas Gerlach, inzwischen beim Kampfbund Deutscher Sozialisten an die Spitze gerückt. In und um Weimar ist Martin Rühlemann der Aktivist gewesen, der rechtsextreme Kräfte zusammenführte. Für den Raum Eisenach mobilisierte Patrick Wieschke als Relikt vom ehemaligen Thüringer Heimatschutz Personen um sich. In den genannten Regionen macht der Verfassungsschutz auch die „rechten Hochburgen" aus. Dazu gibt es noch Jugendcliquen in Sömmerda, Apolda, Bad Salzungen, Zella-Mehlis und Blankenhain. In zwei Fällen wurden Vereine gegründet: Der Toringi-Verein zur Thüringer Brauchtumspflege und der Verein Nationalisten für Kinderrechte.

Im Internet tauchten 2005 etwa 60 Websites rechter Couleur auf. Mitgliedermäßig spielen Republikaner mit 70, DVU mit 80 und Deutsche Partei nur noch eine unbedeutende Rolle. In Mosbach bei Eisenach tagten mehrmals überregionale Zirkel wie zum Beispiel der Antisemit Horst Mahler und seine Anhänger, das „Deutsche Kolleg" und die „Deutsche Akademie". In Nordthüringen kam die „Artgemeinschaft" zusammen, fanden aber auch die Lesertreffen von „Recht und Wahrheit" statt. Alarmierend: Die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten stieg von 591 auf 620 im Vorjahr.

Horst Freires

Demokratische Initiativen

Kein Geld für Opferhilfe

Die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt muss um ihre finanzielle Förderung bangen.

Es ist schon ein Kreuz. Da registrieren Staats- und Verfassungsschützer in Sachsen-Anhalt die – gemessen an der Zahl der Bevölkerung – höchste Anzahl rechtsextremer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straf- und Gewalttaten, die finanzielle Förderung von Vereinen und Institutionen, die sich explizit gegen den Rechtsextremismus wenden, wird hingegen in Frage gestellt. Konkret geht es in diesem Fall um die Mobile Opferberatung, eine Unterorganisation des Vereins Miteinander e.V.

Die Mobile Opferberatung war bislang stets eine Institution, die über die institutionelle Förderung von Miteinander e.V. gesondert Fördergelder des Landes erhielt. Darüber hinaus erhielten die Mitarbeiter der Mobilen Opferberatung stets auch Fördergelder aus dem „Civitas"-Programm des Bundesfamilienministeriums. Und das scheinen die einzigen Mittel zu sein, auf die derzeit noch fest zu rechnen ist. Denn in den derzeitigen Etatplanungen der Landesregierung kommt die Mobile Opferberatung nicht mehr vor.

Zwar versichert der neue Innenminister Holger Hövelmann (SPD), dass eine finanzielle Förderung von Vereinen, Verbänden und Institutionen, die sich der Bekämpfung des Rechtsextremismus verschrieben haben, auch künftig „auf hohem Niveau gewährleistet" bleibt und verweist in diesem Zusammenhang auf den Koalitionsvertrag mit der CDU. Aber selbst Hövelmann scheint sich gar nicht so recht darüber im Klaren zu sein, welche Aufgaben die Mobile Opferberatung tatsächlich wahr nimmt. „Die leisten psychologische Betreuung für Opfer rechtsradikaler Gewalt", sagt er auf entsprechende Nachfrage. Natürlich tun die Mitarbeiter der Mobilen Opferberatung auch das. Opfer rechtsextremer oder fremdenfeindlicher Gewalt werden von den Mitarbeitern der Mobilen Opferberatung intensiv betreut. Aber deren Tätigkeit geht noch weit über dieses Aufgabenfeld hinaus. Es gibt keinen Prozess gegen Rechtsextremisten und Neonazis in Sachsen-Anhalt, an dem nicht haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeiter der Mobilen Opferberatung als Beobachter und – wo es erforderlich ist – auch als Betreuer der Opfer rechtsextremer Gewalttaten teilnehmen.

Zudem hat die Mobile Opferberatung einen engen Kontakt zur Generalbundesanwaltschaft aufgebaut und pflegt diesen Kontakt kontinuierlich. Dieser Kontakt hat letztlich dazu geführt, dass zahlreiche Opfer rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt oder deren Angehörige in Sachsen-Anhalt aus dem Entschädigungsfond des Generalbundesanwalts finanzielle Zuwendungen erhalten haben. Auch die können das Leid eines Opfers rechter Gewalt kaum lindern, aber sie zeigen ihm sicherlich, dass die Bundesrepublik nicht nur aus Neonazis und anderen Rechtsextremisten besteht.

Noch ist völlig offen, ob im Bundeshaushalt 2007 das Programm „Civitas" im Etat des Bundesfamilienministeriums eine, wie auch immer gestaltete, Fortsetzung finden wird. Denn „Civitas" ist – zumindest in der derzeitigen Form – ein nur bis Ende 2006 befristetes Programm. Der Bundeshaushalt 2007 wird von Finanzminister Peer Steinbrück sicherlich erneut, wie es einst sein Vorgänger Hans Eichel einmal formuliert hat, „auf Kante genäht" sein. Ebenfalls noch völlig offen ist die Frage, ob die Mobile Opferberatung in Sachsen-Anhalt wieder eine eigenständige finanzielle Förderung aus Landesmitteln erhält.

Die nunmehr abgewählte CDU/FDP-Landesregierung Sachsen-Anhalts hatte bereits die Zuwendungen für den Trägerverein der Mobilen Opferberatung, Miteinander e.V., deutlich gekürzt. „Wir wollen, so steht es auch im Koalitionsvertrag mit der CDU, die Förderung von Vereinen und Initiativen, die sich aktiv gegen den Rechtsextremismus engagieren, auf hohem Niveau konsolidieren", sagt Minister Hövelmann. Was das aber für Miteinander e.V. und damit letztlich auch für die Mobile Opferberatung bedeutet, mag oder kann er bislang noch nicht sagen. „Der Landesetat 2007 soll im September in den Landtag eingebracht werden", sagt er. „Was die Fragen von Rechtsextremismus und die Förderung von Initiativen dagegen angeht, befinden wir uns noch in einem intensiven Abstimmungsprozess mit dem Finanz-, dem Sozial- und dem Kultusministerium."

Eberhard Löblich

Blick in die Zeitgeschichte

Schonung für die Helfer

Das „Rätsel Eichmann" ist nicht restlos gelöst – die Verbrechen des „Endlösers der Judenfrage" sind hingegen geklärt.

Im Mai 1961, vor 45 Jahren, bekam einer der einflussreichsten Männer der jungen Bundesrepublik angenehme Post. Die Bonner Staatsanwaltschaft teilte Hans Globke mit, das Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen des Verdachts enger Kontakte zu Adolf Eichmann sei „als unbegründet" eingestellt worden. Globke war die rechte Hand von Bundeskanzler Konrad Adenauer, Adolf Eichmann der Organisator der „Endlösung der Judenfrage", dessen Versteck seinerzeit angeblich unbekannt war. Tatsächlich wusste sowohl die „Organisation Gehlen" als Vorläufer des deutschen Geheimdiensts BND als auch der amerikanische CIA, wo und unter welchem Namen sich Eichmann aufhielt: In Argentinien als Ricardo Klement. Informationen darüber machten in der Weltpresse jetzt Anfang Juni Schlagzeilen. Das meiste, das jetzt aus bisher geheim gehaltenen CIA-Akten in Washington frei gegeben worden ist, ist gar nicht neu, allenfalls eine Bestätigung dessen, was längst erforscht ist. Bonn wollte keine NS-Prozesse und der CIA benutzte alte Nazis als Informanten im „Kalten Krieg" gegen den Ostblock. Da war allen fast jedes Mittel recht.

Wie die „Organisation Gehlen" an die Informationen über Eichmann gekommen ist, scheint nicht in den US-Akten zu stehen, wohl aber in den deutschen. Die aber bleiben noch unter Verschluss. Es darf freilich unterstellt werden, dass der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer die Informationen der „Organisation Gehlen" und damit des Kanzleramtes über Eichmann kannte. Bauer wollte im Gegensatz zu Bundestag, Bundesrat und Kanzleramt das NS-Regime und seine Vollstrecker auf die Anklagebank bringen. Ohne ihn hätte es zum Beispiel nie die Frankfurter Auschwitz-Prozesse gegeben. Bauer verfügte weltweit über viele Informanten. Durch sie hatte er auch von Ricardo Klement alias Adolf Eichmann in Buenos Aires erfahren. Aus Bonner Quellen, die nicht auf der Linie der Prozess-Gegner lagen, wurde ihm zugeflüstert, die Bundesregierung wolle Eichmann nicht haben. Sie fürchte, in einem öffentlichen Strafverfahren könnte viel über die neue Bonner Prominenz mit brauner Weste bekannt werden.

Dabei stand für Adenauer sein Staatssekretär Hans Globke im Mittelpunkt. Den hohen NS-Beamten und Kommentator der berüchtigten Nürnberger Rassengesetze Globke dürfte der mittlere SS-Führer Eichmann freilich kaum gekannt haben. Fritz Bauer aber wollte, dass Eichmann der Prozess gemacht wurde. Weil das in der BRD offensichtlich nicht möglich war, hat er Ende der 50er Jahre den israelischen Geheimdienst eingeweiht, der Eichmann 1960 in einer geheimen Mission aus Argentinien nach Israel entführt hat. Dort wurde er bekanntlich wegen Verbrechen am jüdischen Volk zum Tode verurteilt und am 15. Dezember 1961 hingerichtet.

Dabei bleibt eine Frage noch immer ohne Antwort: Warum hat weder der israelische Polizeioffizier Avner Less, der Eichmann als Erster verhört hat, noch Gideon Hausner als Vertreter der Anklage während der Hauptverhandlung Eichmann gefragt, auf welchem Weg er nach Südamerika gelangt ist? Bei den Sitzungen des Gerichts war stets ein Vertreter des Vatikans im Gerichtssaal, der abends seiner Dienststelle in Rom berichten musste. Längst ist bekannt, dass Eichmann wie auch Mengele und viele andere NS-Verbrecher mit Hilfe der katholischen Kirche und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz fliehen konnten. Der Vatikan-Vertreter sollte berichten, ob während der Verhandlungen etwas über die römische Flüchtlingshilfe zur Sprache gekommen ist. Ähnlich war es im Prozess gegen den „Schlächter von Lyon", Klaus Barbie, dem ebenfalls katholische Kirche und Rotes Kreuz mit Geld, Verstecken und Pass geholfen haben. In Lyon war auch ein Vertreter des Auswärtigen Amtes ständig zugegen, um Bonn auf dem Laufenden zu halten.

Das „Rätsel Eichmann" ist noch nicht restlos gelöst. Wollte der Staat Israel nicht zugeben, von dem Fluchtweg über die Schweiz nach Genua und dort per Schiff nach Südamerika gewusst zu haben? Sollte der Vatikan geschont werden? Mochte man sich mit dem Roten Kreuz nicht anlegen? Da bleibt weiter einiges im Dunklen. Eichmanns Verbrechen hingegen sind geklärt. Da gibt es nichts mehr zu erforschen. Es geht nur noch um Marginalien, aber gerade die können sehr aufschlussreich sein. *Heiner Lichtenstein*

Meldungen

Verzögerungstaktik

Mannheim – Das Mannheimer Landgericht richtet sich offenbar auf ein weiterhin zähes Verfahren gegen den Auschwitz-Leugner Ernst Zündel ein. Bis zum 29. September hat die 6. Große Strafkammer elf weitere Verhandlungstage terminiert, ab Mittwoch, 21. Juni. Elf Verhandlungstage hat das Gericht in dem durch eine Verzögerungstaktik der Verteidiger und Störungen durch Zündel-Anhänger geprägten Verfahren bereits absolviert. (ts)

Vor dem Aus

Hamburg – Ein Anlaufpunkt für die rechtsextreme Szene im Hamburger Stadtteil St. Pauli verschwindet bald: Den Betreibern des Ladens „Elite Style“, Volker Fuchs und Björn Westphal, wurde zum 30. September gekündigt. Als es im Frühjahr beim Fußballspiel zwischen dem FC St. Pauli und Chemnitzer FC im Hamburger Stadion Provokationen durch sächsische Neonazis und rechtsorientierte Hooligans gab, wurde beobachtet, wie einige der rechtslastigen Stadiongänger auch die besagte Lokalität in der Hamburger Talstraße aufgesucht hatten, die anfangs noch den Namen „Odin & Freya“ trug. Das Geschäft hatte im Mai 2005 erstmals geöffnet. Regelmäßig kam es vor den Geschäftsräumlichkeiten zu Bedrohungen, Pöbeleien sowie Angriffen gegen Passanten und Anwohner durch Unterstützer des Ladens, zuletzt an Himmelfahrt. (hf)

Rocken für Deutschland

Gera – Der NPD-Kreisverband Gera veranstaltet in Zusammenarbeit mit „Freien Kräften“ aus Thüringen am 15. Juli in der Innenstadt von Gera das rechtsextreme Open Air „Rock für Deutschland“. Das braune Happening findet seit 1993 alljährlich statt. Angekündigt sind bislang mehrere einschlägigen Bands: „Mistreat“, 1988 unter dem Namen „Synthetical Bastards“ gegründet, ist die Neonazi-Kultband aus Finnland. Die aus drei Personen bestehende Gruppe „Nordfront“ stammt aus Hannover. Laut Beschluss des Amtsgerichtes Pinneberg erfüllt der auf der Debüt-CD veröffentlichte „Nordfront“-Song „Werft sie raus“ den Straftatbestand der Volksverhetzung. „Bloodrevenge“ stammt aus dem nordrhein-westfälischen Lippstadt und wurde im Jahr 2000 gegründet. Sänger ist Jan-Peter Kersting. Die Rechtsrockband „T.H.O.R.“ kommt aus dem sächsischen Schneeberg. Integriert in die Veranstaltung sind Redebeiträge des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt und des thüringischen NPD-Landesvorsitzenden Frank Schwerdt. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de